

## Beschluss Menschenrechte sind unverhandelbar – Auch an der europäischen Außengrenze!

Gremium: Landesdelegiertenkonferenz

Beschlussdatum: 25.05.2025

Tagesordnungspunkt: 8. Verschiedenes

### Antragstext

1 Nach Berichten von Nichtregierungsorganisationen wie ProAsyl, Matteo Kirchen und  
2 Asyl e.V. und dem Kölner Spendenkonvoi e.V., gibt es in den Ländern, in die  
3 abgeschoben wird, teilweise eine dramatische humanitäre Lage von Geflüchteten,  
4 zum Beispiel in Bulgarien. Besonders besorgniserregend ist die Situation im  
5 Abschiebegefängnis Busmantsi, in dem aus Deutschland abgeschobene Geflüchtete  
6 unter menschenunwürdigen Bedingungen über Wochen bis Monate interniert werden.  
7 Die jüngsten Berichte zeigen, dass Geflüchtete in Bulgarien systematisch  
8 Misshandlungen, unzureichender Versorgung und menschenunwürdigen Haftbedingungen  
9 ausgesetzt sind. Zudem werden aus Deutschland abgeschobene Geflüchtete in  
10 Bulgarien vor die Wahl gestellt, 18 Monate in einem Abschiebegefängnis  
11 inhaftiert zu werden oder die freiwillige Rückkehr in ihr Heimatland anzutreten.

12  
13 Diese Lage ist nicht hinnehmbar. Menschenrechte sind universell, unteilbar und  
14 unverhandelbar und gelten auch an den Außengrenzen der Europäischen Union.  
15 Gerade bei der Aufnahme von Schutzsuchenden müssen die Strukturen auf ein  
16 menschenwürdiges Niveau angehoben werden, um Menschen nicht durch Armut,  
17 Obdachlosigkeit oder Diskriminierung zur Sekundärmigration zu zwingen, so wie es  
18 im erst kürzlich beschlossenen Bundestagswahlprogramm steht.

19  
20 Daher ist eine Neubeurteilung der Situation durch die Bundesregierung dringend  
21 erforderlich, um eine menschenrechtskonforme Asylpolitik sicherzustellen.

22  
23 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN NRW fordern die Bundesregierung auf, diese konkrete  
24 Situation aufzuklären, neu zu bewerten, in Zusammenarbeit mit dem jeweiligen  
25 Land die Abschiebungen zu beenden und - wenn nötig - die Abschiebeanordnungen in  
26 die jeweiligen Länder durch das BAMF auszusetzen.

27  
28 Gleichzeitig wird die Bundesregierung aufgefordert ein Menschenrechtsmonitoring  
29 für die Situation von Menschen, die abgeschoben werden, einzuführen, damit die  
30 Menschenrechtslage für Schutzsuchende strukturell realistisch überprüft werden  
31 kann. Menschenrechte müssen überall in der EU eingehalten werden – auch an den  
32 Außengrenzen. Für dieses beschriebene Vorgehen bitten wir die NRW-Landesgruppe  
33 der GRÜNEN Bundestagsabgeordneten sich weiterhin einzusetzen.

34  
35 Die Landesregierung soll auch ihre Möglichkeiten nutzen, sich für die Einhaltung  
36 von Menschenrechten in den Ländern selbst und die Neubeurteilung der  
37 Menschenrechtslage durch die Bundesregierung einzusetzen, bspw. über die Gremien  
38 und etwaigen Initiativen im Bundesrat. Zusätzlich fordern wir die  
39 Landesregierung auf, den individuellen Ermessensspielraum zu nutzen und eine  
40 Aussetzung von Abschiebungen in Länder, wo die Sicherheit, Unversehrtheit und  
41 Menschenwürde nicht ausreichend geschützt werden, wie beim Abschiebestopp von  
42 Jesid\*innen, zu prüfen.